



Schweizerischer Gemeindeverband  
Association des Communes Suisses  
Associazione dei Comuni Svizzeri  
Associazion da las Vischnancas Svizras

20. Politforum Thun 6. und 7. März 2026 Kultur- und Kongresszentrum Thun

## **Starke Gemeinden als Rückgrat der schweizerischen Politik**

Ständerat Mathias Zopfi, Präsident Schweizerischer Gemeindeverband

Der Präsident des Schweizerischen Gemeindeverbands betont in seiner Rede die zentrale Rolle der Gemeinden im politischen System der Schweiz. Obwohl er auch Mitglied des Ständerats und eines Kantonsparlaments ist, spricht er aus der Perspektive der kommunalen Ebene, die er als die «dritte und wichtigste Staatsebene» – ja sogar als die eigentliche erste Staatsebene – bezeichnet.

Die Schweiz zählt heute 2110 Gemeinden mit sehr unterschiedlichen strukturellen, geografischen und politischen Voraussetzungen: von grossen Städten wie Zürich mit rund 450'000 Einwohnerinnen und Einwohnern bis hin zu kleinsten Gemeinden mit etwa 30 Personen. Trotz dieser Unterschiede erfüllen alle Gemeinden grundsätzlich dieselben Aufgaben. Sie sind zuständig für Bildung im Vorschulbereich, Alters- und Pflegeeinrichtungen, Spitex-Dienste, Wasserversorgung, Abfallentsorgung und Winterdienst. Sie erheben Steuern, sorgen gemeinsam mit Blaulichtorganisationen für Sicherheit und fördern durch Unterstützung von Vereinen den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Innerhalb der gesetzlichen Vorgaben von Bund und Kantonen verfügen sie dabei über einen erheblichen Gestaltungsspielraum.

Dieser Föderalismus ist aus Sicht des Redners eine grosse Stärke der Schweiz. Er gewährleistet bürgernahe, pragmatische Politik und stärkt das Vertrauen der Bevölkerung in staatliche Institutionen. Viele Bürgerinnen und Bürger haben einen direkten Draht zu Mitgliedern ihrer Gemeindebehörden. Diese Nähe schafft Akzeptanz für politische Entscheidungen und festigt die demokratische Kultur. Gerade in Zeiten, in denen das Vertrauen in staatliche Institutionen international unter Druck steht, ist dies von besonderer Bedeutung.

Neben dem demokratiethoretischen Aspekt hebt der Redner auch praktische Vorteile hervor: Gemeinden kennen die lokalen Gegebenheiten besser als Bund oder Kantone und können deshalb passgenaue Lösungen für nationale Herausforderungen entwickeln. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass Gesetze so ausgestaltet sind, dass sie für Gemeinden – insbesondere im Milizsystem – umsetzbar bleiben. Technokratisch formulierte Regelungen, die die begrenzten Ressourcen vieler Gemeinden überfordern, untergraben die Funktionsfähigkeit des Systems. Deshalb fordert der Schweizerische Gemeindeverband einen konsequenten Einbezug der kommunalen Ebene in Gesetzgebungsprozesse.

Zwar verfügen viele Mitglieder des eidgenössischen Parlaments über kommunalpolitische Erfahrung, dennoch stellen Politikwissenschaftler eine abnehmende Sensibilität gegenüber der Gemeindeebene fest. Dies bereitet Sorge, da Entscheide aus «Bundesbern» ihre konkreten Auswirkungen letztlich in den Gemeinden entfalten.

Mit dem Gemeindeartikel (Artikel 50 der Bundesverfassung) ist die Gemeindeautonomie seit dem Jahr 2000 ausdrücklich verfassungsrechtlich verankert. Bund und Kantone sind verpflichtet, die Auswirkungen ihres Handelns auf die Gemeinden zu berücksichtigen. In der Praxis wird dieser Anspruch jedoch nicht immer eingelöst. Gemeinden werden teilweise noch immer eher als Vollzugsorgane denn als gleichberechtigte staatliche Partner behandelt.

Als Beispiel nennt der Redner das sogenannte «Entlastungspaket 27» des Bundes, das ohne Einbezug der Gemeinden erarbeitet worden ist. Unabhängig von der Notwendigkeit des Sparprogramms kritisiert er das Vorgehen als problematisch – auch mit Blick auf Artikel 50 der Bundesverfassung. Inhaltlich könnten die geplanten Sparmassnahmen Gemeinden insbesondere im Asyl- und Umweltbereich sowie bei der Regionalentwicklung erheblich belasten.

Grundsätzlich warnt der Redner vor zunehmenden Zentralisierungstendenzen. Auch bei der Ausarbeitung von Corona-Massnahmen, im Umgang mit der Energiemangellage oder bei der Bewältigung steigender Flüchtlingszahlen sind die Gemeinden zu wenig einbezogen worden. Zwar muss der Bund in Krisenzeiten mitunter führen, problematisch wird es jedoch, wenn sich ein «Durchregieren» etabliert und Kantone und Gemeinden vor vollendete Tatsachen gestellt würden. Letztlich werden Massnahmen «aus Bundesbern» stets vor Ort umgesetzt – in den Gemeinden. Dort werden Migrantinnen und Migranten untergebracht und integriert, Kinder eingeschult oder Energiesparmassnahmen konkret vollzogen. Deshalb braucht es Gesetze, die gemeinde- und miliztauglich sind. Die Gemeinden sind für das Funktionieren des Landes systemrelevant und bilden das Rückgrat der schweizerischen Politik.